



Ronald Profalla, MdB

Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen

Stellungnahme der CDU



Damit sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch solche Aufgaben behalten oder an sich ziehen, deren Übernahme den Grundsätzen der Eigenverantwortung, Freiheit und Subsidiarität widerspricht. Öffentliche Aufgaben sollen im Sinne der Bürgernähe auf kommunaler Ebene erfüllt werden, wo immer dies möglich und sinnvoll ist. Zuständigkeiten und politische Verantwortlichkeiten bei Bund, Ländern und Kommunen müssen erkennbar sein. Mit der Föderalismuskommission sind hierzu in dieser Wahlperiode richtige Entscheidungen getroffen worden.

Die CDU strebt eine Gesellschaft an, in der freie und mündige Bürger zusammenhalten und füreinander eintreten. Die Menschen müssen größere Chancen erhalten, ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Im unmittelbaren Lebensumfeld beweist sich durch lebendiges Engagement, durch Mitbestimmung und Teilhabe an den örtlichen Entscheidungsprozessen die Akzeptanz unseres Gemeinwesens. Aufgabe der Politik ist es, die Eigenverantwortung der Bürger zu fördern und, wo immer es erforderlich ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Wir wollen ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen.

Jeder hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen bereichern können. Ohne ehrenamtliches Engagement von Millionen von Bürgern in vielen Bereichen wäre Deutschland ärmer und kälter. Bürgersinn und Verantwortungsbewusstsein zeigen sich in Ehe und Familie, der Kirche, der Arbeitswelt, in Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen sowie in Kommunen und Staat. Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen können ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen und organisieren.

Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, die freiwillige soziale Arbeit leisten oder bürgerschaftliche Projekte zum Leben erwecken und finanziell unterstützen, müssen gefördert und dürfen nicht durch Vorschriften und Reglementierungen entmutigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Arbeit als Dienst an der Gesellschaft anerkannt wird und die Bedingungen dafür in unserem Land verbessert werden, etwa durch die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und des Freiwilligenjahrs in den Berufsbiografien. Der demografische Wandel mit all seinen Veränderungen, die er für das Verhältnis

der Generationen mit sich bringt, stellt gerade die Stadtentwicklungspolitik vor neue Herausforderungen.

Stadtentwicklung ist ein dynamischer Prozess. Das Leben in unseren Städten verändert sich, und die Städte verändern sich. Die betroffenen Städte sind bei der Bewältigung des Strukturwandels auf die Hilfe des Bundes angewiesen. Durch große regionale Unterschiede zwischen wachsenden und schrumpfenden Städten brauchen wir bei unterschiedlichen Entwicklungen sehr differenzierte Antworten. Die Gestaltung unserer Städte ist eine Gemeinschaftsaufgabe der demokratisch gewählten Vertreter vor Ort zusammen mit engagierten Bürgern, mit Unternehmen, aber auch mit vielen anderen stadtgestaltenden Akteuren.

Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich seit 1999 zum zentralen Handlungsinstrument entwickelt, um problematischen sozialräumlichen Entwicklungen entgegenzuwirken und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort eine Stabilisierung und Aufwertung einzuleiten und zu stützen. Es ist gut, dass sich auch die Bürger mit diesem Programm beschäftigen, dass sie eingebunden sind und aktiv zur Umsetzung beitragen. Vielfach werden auch Integrationsbemühungen von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund verstärkt. Das beste Rezept für gute Stadtentwicklung ist, auf die Ideen der Bürger zu vertrauen und einen Rahmen zu schaffen, in dem sie ihre Kreativität bestmöglich entfalten können.

Ronald Profalla, MdB

Generalsekretär der CDU